



Fake News

Regieren mit falschen Zahlen: US-Präsident Donald Trump hat sich zumindest propagandistisch dem Kampf gegen Bandenkriminalität verschrieben. Entsprechende Statistiken sollen aber nicht öffentlich bekanntwerden. Von Jürgen Heiser

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 12. JANUAR 2018 · NR. 10 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Bewegend

Erste Zeugenaussage im Gerichtsprozess zur Loveparade-Katastrophe im Juli 2010 in Duisburg

3

Anbündelnd

Antilinks und rassistisch: CDU-Politiker Sachsen-Anhalts teilen viele Ansichten der AfD-Kollegen

4

Einseitig

Keine Wahl: In Tschechien wird über den Präsidenten abgestimmt. Linke Kandidaten fehlen völlig

7

Bedrohlich

Hälfte der Einnahmen geht an Sicherheitsfirmen: *Charlie Hebdo* drei Jahre nach dem Anschlag

10

Diktat vom Chef

Deutsche Exporte sichern, Datenhandel ermöglichen, Klimaziele verwerfen: Industrie bittet künftige Regierung zum Rapport. Von Simon Zeise

Die Konzerne geben die Richtung vor. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI), diktierte am Donnerstag der Politik die Spielregeln. »Ich erwarte von jeder künftigen Bundesregierung, sich entschlossen für freien Handel und eine prosperierende Weltwirtschaft einzusetzen«, so Kempf. Deutschland müsse als eine der führenden Exportnationen weiter daran arbeiten, die Beziehungen zu anderen Weltregionen in diesem Sinne zu gestalten.

Bauchschmerzen bereitet den Industriellen der Einfluss der chinesischen Regierung auf den aussichtsreichen Märkten der Volksrepublik: »Es muss den internationalen Investoren vorbehalten bleiben, das letzte Wort über Geschäfts- und Investitionsentscheidungen zu haben – nicht der Partei«, sagte Kempf. Die Ausgestaltung des Euro-Raums müsse »mit einer starken Stimme aus Berlin vorangetrieben werden«. Denn »unsere industrielle Wertschöpfung ist größer als die der beiden auf uns folgenden Industriestaaten zusammen, also Italien und Frankreich«, sagte Kempf.

Nach dem Willen der Bosse sollen die Exporte 2018 um weitere fünf Prozent zulegen. »Damit wächst die Wirtschaftsleistung das neunte Jahr in Folge. Die Kapazitäten in der Industrie sind so ausgelastet wie seit der weltweiten Finanzkrise vor zehn Jahren nicht mehr.«

Trotzdem müssten »strukturelle Steuerreformen« her, um im internationalen Vergleich »wettbewerbsfähig zu bleiben«. Berlin müsse dem Steuerwettbewerb, den die US-Regierung in Gang gesetzt habe, etwas entgegensetzen – auch wenn viele deutsche Konzer-



Die Kanzlerin wird einbestellt: Angela Merkel folgt BDI-Chef Dieter Kempf (Berlin, 20. Juni 2017)

ne davon profitiert hätten. Dafür müsse der Solidaritätszuschlag fallen, eine »Korrektur« der Gewerbesteuer müsse her, und eine steuerliche Forschungsförderung solle eingeführt werden.

Neben der Steuerpolitik gehöre die Energie- und Klimapolitik auf den Prüfstand. »Wir brauchen mehr Realismus«, sagte Kempf. Das gelte auch für das nationale Klimaziel, bis 2020 die Treibhausgase um 40 Prozent zu reduzieren. »Offenbar sind hier die Sondierer willens, die Realität anzuerkennen.« Die Politik müsse die Energiewende zu einer Erfolgsgeschichte machen, pragmatisch und an der Wirtschaftlichkeit orientiert«, so Kempf.

Es gehe darum, »weniger Verteilungsdiskussionen zu führen«. Statt dessen sei der Schlüssel zum Erfolg die Fähigkeit, große Datenmengen zu erheben, zu übertragen und zu verarbeiten. Profite werden mit persönlichen Informationen gemacht: »Die künftige Bundesregierung muss rasch die gesetzlichen Grundlagen für die Nutzung von Gesundheitsdaten schaffen.«

Für die Forderungen der IG Metall in der laufenden Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie hatte Kempf hingegen kaum etwas übrig. »Die Forderung nach einer 28-Stunden-Woche verstehe ich nicht«, sagte Kempf. Demnach würden Teilzeitbeschäftigte einen

höheren Stundenlohn erhalten als in Vollzeit. Die Forderung nach Lohnsteigerungen von sechs Prozent sei »Verhandlungssache«.

Die 76.000 Metaller, die am Donnerstag bundesweit auf die Straße gingen, sehen das anders. Eine Sprecherin der IG Metall sagte gegenüber *jW*, durch die Forderung, bis zu zwei Jahre lang mit einem Lohnzuschuss die Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden zu reduzieren, solle es Beschäftigten in niedrigen Lohngruppen ermöglicht werden, Kinder zu erziehen und Angehörige zu pflegen. Dafür hat das Kapital nichts übrig.

■ Siehe Seite 8

Amandla! Awethu! Die Machtfrage stellen

XXIII. Internationale
Rosa Luxemburg
Konferenz · 13.1.2018 |
Mercure-Hotel MOA, Berlin
rosa-luxemburg-konferenz.de

Bogotá setzt Gespräche mit ELN aus

Quito. Die kolumbianische Regierung hat am Mittwoch die Friedensverhandlungen mit der linken Nationalen Befreiungsarmee (ELN) vorerst ausgesetzt. Als Grund nannte der rechte Präsident Juan Manuel Santos einen Anschlag auf eine Erdölpipeline, wofür er die ELN verantwortlich machte. »Vor dem Hintergrund dieser Situation habe ich mit dem Chef der Delegation in Quito (Gustavo Bell) gesprochen, damit sie sofort zurückkommen, um über die Zukunft dieses Prozesses zu beraten«, sagte Santos am Mittwoch in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá. Auf neutralem Boden im ecuadorianischen Quito sollten die im Februar 2017 begonnenen Gespräche in die fünfte Runde gehen. Ziel war die Verlängerung einer am Dienstag ausgelaufenen, seit Oktober geltenden Waffenruhe. (dpa/jW)

2017 nur geringe Reallohnsteigerungen

Berlin. Die rund 17 Millionen tariflich Beschäftigten haben wegen der höheren Inflation einer Studie zufolge nur ein kleines Plus im Geldbeutel. Die Tariflöhne und -gehälter stiegen 2017 nach Angaben des gewerkschaftsnahen WSI-Instituts im gesamtwirtschaftlichen Schnitt nominal um 2,4 Prozent. Ziehe man die Teuerungsrate von 1,8 Prozent ab, bleibe unter dem Strich nur eine Zunahme von 0,6 Prozent. »Da die Inflationsrate wieder spürbar höher ist, fällt der Reallohnzuwachs 2017 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich geringer aus«, sagte WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten am Donnerstag. Zwischen 2014 und 2016 seien die Tariflöhne wegen der sehr geringen Preissteigerung real noch zwischen 1,9 und 2,4 Prozent geklettert – und haben damit einen wesentlichen Beitrag für den ökonomischen Aufschwung in Deutschland gelegt«. (Reuters/jW)

jW wird herausgegeben von
2.084 Genossinnen und
Genossen (Stand 1.12.2017)
www.jungewelt.de/lpg

Mehr als 600 Festnahmen in Tunesien

Die landesweiten Proteste halten an. Kundgebungen am Jahrestag des »Arabischen Frühlings«

Nach der dritten Nacht in Folge mit gewaltsamen Protesten in Tunesien ist die Zahl der Festgenommenen nach Angaben des Innenministeriums auf mehr als 600 gestiegen. Bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Einsatzkräften seien landesweit 328 Menschen festgenommen worden, sagte ein Sprecher am Donnerstag. Die Gewalt habe aber nachgelassen. Die Verhaftungen am Mittwoch seien wegen Diebstahls, Plünderungen, Brandstiftung und Straßenblockaden erfolgt, erläuterte der Sprecher.

Bereits am Dienstag waren demnach 237 Menschen und am Montag 44 Menschen festgenommen worden. In der westtunesischen Stadt Thala wurde in der Nacht auf Donnerstag nach Angaben des Sprechers ein wichtiger Polizeiposten angezündet. Die Proteste richteten sich gegen steigende Lebenshaltungskosten und die Sparpolitik der Regierung. Nach 2011 galt Tunesien als Musterland des sogenannten Arabischen Frühlings. In der nordtunesischen Stadt Siliana bewarfen Jugendliche die Einsatzkräfte mit Steinen und Molotowcocktails, wie

ein Reporter der Nachrichtenagentur *AFP* berichtete. Die Polizei setzte Tränengas ein. Ähnliche Szenen spielten sich in Kasserine, Sidi Bouzid und in einigen Vierteln der Hauptstadt Tunis ab. Das Verteidigungsministerium teilte mit, dass wegen der Ausschreitungen in den größeren Städten nun Soldaten vor Banken, Postfilialen und Regierungsgebäuden postiert worden seien.

Ein Sprecher des linken Parteienbündnisses Tunesische Volksfront sagte, es sei »illegitim«, Staatseigentum zu zerstören, appellierte aber

an Regierungschef Youssef Chahed, »Lösungen für die jungen Tunesier« zu finden. Die mächtige Gewerkschaft UGTT rief für Montag anlässlich des siebten Jahrestags der tunesischen Revolution zu einer Kundgebung in Tunis auf. Die Denkfabrik International Crisis Group (ICG) warnte indessen in einem Bericht vor einer »autoritären Versuchung« für die politische Klasse Tunesiens. Sie warf dem tunesischen Präsidenten am Donnerstag vor, das politische System auf sich auszurichten.

(AFP/dpa/jW)

